

Zeitschrift:	Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber:	Schweizerischer Zivilschutzverband
Band:	29 (1982)
Heft:	6
Rubrik:	Das BZS teilt mit = L'OFPC communique = L'UFPC informa

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Stellung des Ortschefs nach Aufgebot des Zivilschutzes zum aktiven Schutzdienst

BZS. Es kommt gelegentlich vor, dass hinsichtlich der Stellung des Ortschefs sowie seiner Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten Auffassungen vertreten werden, die sich mit den Bestimmungen des Zivilschutzgesetzes nicht vereinbaren lassen. Um in solchen Fällen die notwendige Richtigstellung zu erleichtern, wird im folgenden auf einige wesentliche Gesichtspunkte hingewiesen.

Die von den hiefür zuständigen Behörden zum aktiven Schutzdienst aufgebotenen Zivilschutzorganisationen – bzw. bei einem Teilaufgebot deren aufgebotene Teile – sind nach Artikel 14 des Zivilschutzgesetzes dem Ortschef unterstellt, wobei dies aufgrund von Artikel 30 des gleichen Gesetzes für die Betriebsschutzorganisationen nur im Einsatz ausserhalb des Betriebes der Fall ist. Nach Artikel 29 des Zivilschutzgesetzes befiehlt der Ortschef den Einsatz der ihm unterstellten Mittel und stellt die Koordination mit allfälligen weiteren ihm zur Verfügung gestellten Mitteln sicher. Sein Auftrag ist im wesentlichen durch Artikel 1 Absatz 2, Artikel 22 und Artikel 29 des Zivilschutzgesetzes sowie durch die Artikel 19 bis 21 der Zivilschutzverordnung umschrieben. Soweit der örtlichen Schutzorganisation gestützt auf Artikel 19 Absatz 2 der Zivilschutzverordnung Aufgaben der Ortsfeuerwehr übertragen werden, gelten auch diese als gesetzlicher Auftrag. Bei der Erfüllung des ihm durch Gesetz und Verordnung erteilten Auftrages handelt der Ortschef eigenständig nach seiner Beurteilung der Lage, das heisst er ist an keinerlei Instruktionen gebunden. Vorbehalten bleiben im Einzelfall die Anordnung der Alarmierung bzw. der Verbreitung von Verhaltensanweisungen durch die hiefür zuständige Behörde sowie die Anordnung bzw. Ermächtigung zur nachbarlichen oder regionalen Hilfe durch die Gemeindebehörde. Für die Erfüllung seines gesetzlichen Auftrages ist der Ortschef gegenüber der Gemeindebehörde, nicht aber gegenüber den Trägern kantonaler Hoheit verantwortlich. Es handelt sich dabei um eine Verantwortlichkeit im nachhinein, oder anders gesagt, die Führung durch den Ortschef bedarf nicht der vorgängigen Sanktionierung durch eine andere Stelle. Bei erwiesenem Nichtgenügen der Führung durch den Ortschef bleibt als einziger Ausweg seine Ersetzung durch eine geeignete-

re Persönlichkeit. Angesichts der weitgehenden Befugnisse, welche dem Ortschef bei einem Aufgebot des Zivilschutzes zum aktiven Schutzdienst in der Führung der Zivilschutzorganisation übertragen sind, ist nicht zu übersehen, dass seiner Auswahl entscheidende Bedeutung zukommt.

Wie sind die Befugnisse im Zusammenhang mit der nachbarlichen und regionalen Hilfe geregelt? Begehren betreffend Einsatz von Teilen einer Zivilschutzorganisation zur Hilfeleistung ausserhalb der eigenen Gemeinde bzw. entsprechende Anordnungen der Träger kantonaler Hoheit – hande es sich um regionale bzw. kantonale Behörden, deren Führungsstäbe oder um Organe koordinierter Dienste wie zum Beispiel den Chef eines sanitätsdienstlichen Raumes – gelten stets als an die Gemeindebehörde gerichtet. Gelangen sie direkt an den Ortschef, hat er den Fall seiner Gemeindebehörde zu unterbreiten, sofern ein derartiger Einsatz ins Gewicht fallende Nachteile für die eigene Gemeinde mit sich bringen könnte.

Hilfsbegehren des Ortschefs an Nachbarn, an Träger kantonaler Hoheit oder an in der Gemeinde stationierte Truppen bedürfen der Zustimmung der Gemeindebehörde, sobald es um Angelegenheiten von Bedeutung geht. Ist die Gemeindebehörde nicht innert nützlicher Frist erreichbar, handelt der Ortschef in den vorerwähnten Fällen selbstständig.

Nach Artikel 1 Absatz 3 des Zivilschutzgesetzes können die Zivilschutzorganisationen auch während des aktiven Schutzdienstes zur Nothilfe bei Katastrophen herangezogen werden. Dabei geht es um gezielte, den Möglichkeiten der Zivilschutzorganisation angemessene Hilfeleistungen im Einzelfall an diejenigen Stellen (Gemeindewerke, öffentliche Dienste, Wehrdienste usw.), in deren angestammten Verantwortungsbereichen Verstärkung erforderlich ist. Zuständig für die Anordnung dieser Nothilfe ist die Gemeindebehörde. Ergibt die Beurteilung der Lage durch den Ortschef, dass die Erfüllung der eigenständigen Aufgaben der Zivilschutzorganisation zufolge der angeordneten Nothilfe in Frage gestellt ist, macht er die Gemeindebehörde darauf aufmerksam. Besteht diese auf ihrem Entscheid, hat der Ortschef die angeordnete Nothilfe zu leisten.

Die Bezeichnung «Ortschef» könnte beim Publikum – unter Umständen auch bei Behörden – zur falschen Vorstellung führen, dass es sich beim so Bezeichneten um einen Generalbevollmächtigten der Gemeinde für ausserordentliche Lagen handle. Die Bezeichnung «Ortschef des Zivilschutzes» käme der Sache näher. Damit würde zum Ausdruck gebracht, dass sich die Befugnisse des Ortschefs auf den Bereich des Zivilschutzes und hier auf die ihm durch Gesetz und Verordnung ausdrücklich übertragenen Aufgaben beschränken. Er ist Chef der aufgebotenen Teile der Zivilschutzorganisation, nichts weniger, aber auch nichts mehr. Ihm gleichgeordnet, wenn auch in der Regel nicht mit der gleichen Eigenständigkeit, sind die Träger der von ihnen in allen strategischen Fällen zu erfüllenden Gemeindeaufgaben, wie zum Beispiel öffentliche Dienste (Wasser, Abwasser, Kehrichtabfuhr, Elektrizität, Gas), Gesundheitswesen, Verwaltung, Kriegswirtschaft, Polizei, Fürsorge, Bestattungswesen und andere mehr. Für die Koordination zwischen den genannten Teilbereichen, inbegriffen den Zivilschutz, sind die Gemeindebehörden zuständig. Eine weitere Behördenaufgabe ist die Sicherstellung der Information zur Aufrechterhaltung des Durchhaltewillens. Nicht zuletzt ist darauf hinzuweisen, dass auch der Entscheid über das Aufgebot der Zivilschutzorganisationen oder von Teilen davon, durch welches der Ortschef erst handlungsfähig wird, in die Zuständigkeit der Behörden fällt.

Der Erlass von Anordnungen an die Privaten, Haushalte und Betriebe ist Sache der Behörden, nicht des Ortschefs. Darunter fallen insbesondere die Anordnung des Entfernens zivilschutzfremder Gegenstände aus den Schutzzäumen, die Anordnung des Schutzzäumbezuges, die Regelung der Ausnahmen vom Schutzzäumaufenthalt, des Umfangs der Rotation, der Einstellung oder Beschränkung der Tätigkeit von Betrieben und anderes mehr. Gegenüber der Bevölkerung hat der Ortschef ein Weisungsrecht nur im Zusammenhang mit der Schutzzäumzuweisung, der Beanspruchung von Hilfeleistungen bei Einsätzen der Zivilschutzorganisationen sowie im Zusammenhang mit der Alarmierung und Erteilung von Verhaltensanweisungen im Notfall, das heisst bei örtlich überraschend eintretender Gefährdung.

Position du chef local après la mise sur pied de la protection civile pour du service actif de protection

OPFC. Il arrive parfois qu'au point de vue position, compétences et responsabilités du chef local, il soit émis des opinions non compatibles avec les dispositions de la loi sur la protection civile. Pour faciliter la tâche à ceux qui doivent apporter des rectifications dans des cas de ce genre, voici certains aspects importants du problème.

Les organisations de protection civile mises sur pied pour du service actif de protection par l'autorité compétente (ou en cas de mise sur pied partielle, les parties mises sur pied) sont, selon l'article 14 de la loi sur la protection civile, subordonnées au chef local. Selon l'article 30 de la même loi, cette subordination n'existe, pour les organismes de protection d'établissement, qu'en cas d'intervention en dehors de l'établissement. Selon l'article 29 de la loi sur la protection civile, le chef local commande l'intervention des organismes qui lui sont subordonnés et assure la coordination avec d'autres moyens dont il pourrait disposer. Sa tâche est décrite principalement à l'article 1, 2^e alinéa, à l'article 22 et à l'article 29 de la loi sur la protection civile ainsi qu'aux articles 19 à 21 de l'ordonnance sur la protection civile. Si l'on assigne à l'organisme local de protection des tâches incomptables au corps de sapeurs-pompiers local, au sens de l'article 19, 2^e alinéa de l'ordonnance sur la protection civile, il s'agit également de tâches légales. Lorsqu'il remplit une tâche qui lui incombe selon la loi et l'ordonnance, le chef local agit à sa guise selon sa propre appréciation de la situation, c'est-à-dire qu'il n'est lié à aucune instruction. Demeurent réservés, le cas échéant, les ordres d'alarme ou de diffusion d'instructions destinées à la population par l'autorité compétente. Il en est de même des ordres ou des autorisations d'entraide à des organismes voisins ou d'entraide régionale, donnés par l'autorité communale. Le chef local répond de l'exécution de sa mission légale à l'autorité communale mais pas à l'autorité cantonale. Il s'agit alors de répondre de ce qui est accompli. En d'autres termes, la conduite exercée par le chef local ne doit pas être ratifiée préalablement par un autre organe. S'il est établi que la conduite exercée par le

chef local ne satisfait pas, il ne reste pas d'autre possibilité que de le remplacer par une personnalité capable. Pour une mise sur pied de la protection civile pour du service actif de protection, on a donné de larges compétences au chef local pour conduire l'organisation de protection civile. Il n'échappera donc à personne, quelle importance décisive revêt le choix du chef local.

Comment les compétences sont-elles réglées, lorsqu'il s'agit d'entraide d'organismes voisins ou d'entraide régionale? Les demandes visant l'intervention de parties d'une organisation de protection civile pour porter des secours en dehors de la commune ou les ordres d'intervention donnés dans ce domaine par l'autorité cantonale – qu'il s'agisse d'autorités régionales ou cantonales, de leurs états-majors de conduite ou d'organes de service coordonnés tels que le chef d'un secteur du service sanitaire – sont toujours censés être adressés à l'autorité communale. Si de tels ordres ou demandes parviennent directement au chef local, celui-ci doit transmettre les cas à l'autorité communale pour autant qu'une telle intervention puisse causer à la commune d'importants désavantages. L'approbation de la commune est nécessaire pour toute demande d'aide que le chef local adresse aux organismes voisins, à l'autorité cantonale ou à la troupe stationnée dans la commune, aussitôt que l'affaire est d'importance. S'il ne peut pas atteindre l'autorité communale en temps utile, le chef local agit alors de manière indépendante.

Selon l'article premier, 3^e alinéa de la loi sur la protection civile, les organisations de protection civile peuvent aussi être appelées pendant le service actif à porter des secours urgents en cas de catastrophes. Il s'agit alors d'aide précise, adaptée aux possibilités de l'organisation de protection civile, apportée de cas en cas aux organes (services communaux, services publics, services de défense, etc.) qui ont besoin de renfort dans le domaine dont ils sont responsables par tradition. L'autorité communale est compétente pour ordonner ces secours urgents. Si l'appréciation de la situation par le chef local révèle que les secours ordonnés compromettent l'ac-

quittement des propres tâches de l'organisation de protection civile, il devra y rendre attentive l'autorité communale. Si cette autorité communale maintient sa décision, le chef local sera tenu de porter les secours ordonnés.

Le terme de «chef local» pourrait donner à tort au public – le cas échéant aussi aux autorités – l'impression que le chef local est une personne à laquelle la commune a octroyé le plein pouvoir dans des situations exceptionnelles. Avec le terme de «chef local de la protection» on s'approcherait de la réalité. On exprimerait ainsi l'idée que les compétences du chef local se limitent au domaine de la protection civile et là, aux tâches qui lui ont été expressément assignées par la loi et l'ordonnance. Il est le chef des parties de l'organisation de protection civile mises sur pied, ni plus, ni moins. Lui sont assimilables, quoique en général ce ne soit pas avec la même autonomie, les personnes chargées des tâches communales qu'elles doivent accomplir dans tous les cas stratégiques. Il s'agit là, par exemple, des services publics (eau, eaux usées, ordures, électricité, gaz), des services de la santé publique, de l'administration, de l'économie de guerre, de la police, des services sociaux, des pompes funèbres et autres. La coordination entre ces domaines, protection civile incluse, ressortit à l'autorité communale. Une autre tâche de l'autorité consiste à assurer l'information afin de maintenir la volonté de persister. Ce n'est pas en dernier lieu qu'il faut dire que l'autorité a également la compétence de décider de la mise sur pied (en tout ou en partie) de l'organisation de protection civile. Ce n'est qu'alors que le chef local est à même d'agir.

Seules les autorités – et non le chef local – peuvent donner des ordres à des particuliers, à des ménages et à des établissements. Parmi ces ordres, on trouve en particulier ceux qui concernent l'évacuation des objets étrangers à la protection civile se trouvant dans les abris, l'occupation des abris, la réglementation des exceptions au séjour dans les abris, le rythme de rotation, l'arrêt et la réduction de l'activité d'établissements, etc. Envers la population, le chef local n'a le droit d'émettre des instructions qu'en relation avec l'attribution des abris, la mise en action de secours lors d'interventions des organisations de protection civile ainsi qu'en relation avec l'alarme et les instructions pour le comportement de la population en cas d'urgence, c'est-à-dire en cas de danger local survenant par surprise.